

# MUSTERBRIEF: GESETZLICH ANGEORDNETE STUNDUNG BEI VERBRAUCHERDARLEHEN

**Wichtige Hinweise:** Nutzen Sie diesen Musterbrief nur, wenn Sie auch für das Nötigste nicht mehr genug Geld haben (ausgenommen vom Zahlungsverweigerungsrecht sind z.B. Verträge mit Anbietern von Streamdiensten) und Sie nachweisbar durch die Corona-Krise in diese Situation geraten sind. Mit den neuen, gesetzlichen Möglichkeiten bekommen Sie außerdem nur einen Zahlungsaufschub. Sie müssen alle Zahlungen später nachholen.

Ausführliche Informationen zu den Möglichkeiten aus dem Hilfspaket der Bundesregierung finden Sie übrigens in unserem Online-Artikel: <https://www.verbraucherzentrale.de/corona-hilfspaket>

---

Absender:  
Michaela Muster  
Musterweg 1  
99999 Musterstadt

An:  
Name und Anschrift des Unternehmens / Anbieters

Datum

## **Mitteilung über Unmöglichkeit der Zahlung wegen Gefährdung des angemessenen Lebensunterhalts aufgrund COVID-19 , Artikel 240 § 3 EGBGB**

Kunden-Nr. / Darlehensvertrags-Nr. / Vertragsbezeichnung: (falls Ihnen eine bekannt ist, bitte hier Entsprechendes eintragen; andere Bezeichnungen löschen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der COVID-19-Pandemie bin ich derzeit leider nicht in der finanziellen Lage, meiner Zahlungspflicht aus dem o.g. Verbraucherdarlehensvertrag nachzukommen. Wegen der Folgen der Corona-Pandemie habe ich erhebliche Einkommenseinbußen erlitten.

[Geben Sie eine konkrete Bezeichnung des Umstands an, z.B.:

- Ich befinde mich seit dem ... in Kurzarbeit.
- Mein Arbeitgeber hat aufgrund der Corona-Pandemie Insolvenz anmelden müssen und die Lohnersatzleistungen sind deutlich geringer als der normale Lohn.
- Ich bin selbständig tätig und alleinerziehend und kann aufgrund der Kinderbetreuung derzeit meiner gewohnten Arbeitstätigkeit nicht nachgehen.
- etc.]
- 

[Optional: Eine Bescheinigung über meine erheblichen Einkommenseinbußen ist diesem Schreiben beigefügt. (Dies kann etwa ein Nachweis zum erzielten Lohn sein, ein Schreiben des Arbeitgebers, etc.).]

Die Erfüllung meiner Verbindlichkeiten aus dem o.g. Vertrag ist mir daher derzeit nicht zumutbar. Ohne den Zahlungsaufschub wäre mein angemessener Lebensunterhalt [und / oder der angemessene

*Lebensunterhalt meines/r unterhaltsberechtigten Angehörigen] gefährdet.*

Ich berufe mich daher für die folgende Zahlungsverpflichtung/en *[hier einfügen: genaue Nennung der Zahlungsverpflichtung mit Fälligkeitsdatum, für welche die Stundungsvoraussetzungen bestehen, z.B. "Ratenzahlung, fällig zum 15. April 2020, Ratenzahlung, fällig zum 15. Mai 2020 und Ratenzahlung fällig zum 15. Juni 2020"]* auf die gesetzlich angeordnete Stundung nach Artikel 240 § 3 EGBGB und bitte Sie, die o.g. Forderung/en als gestundet im Sinne der vorgenannten Norm anzuerkennen.

Hierzu bitte Sie, mir innerhalb der nächsten 14 Tage zu bestätigen, dass Sie die oben genannten Zahlungsverpflichtungen im Sinne von nach Artikel 240 § 3 EGBGB als gestundet behandeln.

*[Optional, falls Sie das Leistungsverweigerungsrecht per E-Mail gegenüber dem Anbieter geltend machen: Ich bitte um Eingangsbestätigung meines Schreibens und Bestätigung, dass Sie die Forderung/en im Sinne des Artikel 240 § 3 EGBGB als gestundet behandeln.]*

Sollten Sie Einwände gegen eine Stundung der o.g. Zahlungsverpflichtung/en haben und diese nicht als gestundet im Sinne von Artikel 240 § 3 EGBGB betrachten, bitte ich Sie, mir dies ebenfalls innerhalb von 14 Tagen mitzuteilen und dies zu begründen. Ich werde mich dann bemühen eventuelle Unklarheiten zu beseitigen.

Für die weitere Vertragsabwicklung - nach Ende der gesetzlich angeordneten Stundung - bitte ich darum, dass Sie mir kurzfristig ein Gespräch über die Möglichkeit einer einverständlichen Regelung und über mögliche Unterstützungsmaßnahmen anbieten, Art. 240 § 3 Abs. 4 EGBGB.

Sollten wir keine andere Lösung finden, gelten die Regelungen zur Vertragsweiterführung nach Art. 240 § 3 Abs. 5 EGBGB.

Für den Fall, dass Sie eine Vereinbarung mit mir abschließen wollen, welche die gesetzlich angeordnete Stundung ersetzen (Artikel 240 § 3 Abs. 2 EGBGB) oder die weitere Vertragsabwicklung regeln soll (Art. 240 § 3 Abs. 4 EGBGB) gehe ich davon aus, dass mir durch eine solche Vereinbarung keine (Mehr-)Kosten entstehen werden.

Für den Fall, dass die Bundesregierung die gesetzlich angeordnete Stundung nach Art. 240 § 3 EGBGB über den 30.06.2020 hinaus verlängert, teile ich bereits jetzt vorsorglich mit, dass weitere Zahlungsverpflichtungen unter diese Regelung fallen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

*(Unterschrift)*

*Stand: April 2020*

## So verwenden Sie diesen Musterbrief

1. Kopieren Sie den Text in ein Textverarbeitungsprogramm (Microsoft Word, Open Office, etc.).
2. Ergänzen Sie ihn mit Ihren Absenderangaben, der Anschrift des Unternehmens, an den der Musterbrief gehen soll, sowie mit den sonstigen erforderlichen Angaben und löschen Sie die kursiven Platzhalter.
3. Schicken Sie diesen Brief per Fax mit sogenanntem qualifizierten Sendebericht (der Statusbericht zeigt eine verkleinerte Ansicht der 1. Faxseite) oder per Post (Einwurfeinschreiben!) an das Unternehmen.  
  
Bitte senden Sie den Brief nicht an die Verbraucherzentrale.